

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, für Gipfer, Puzer, Stukkateure, Altpalsteure, Florierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

<p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p>	<p>Herausgegeben vom Deutschen Bauwerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1</p>	<p>Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abhängen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M. Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 A.</p>
---	---	--

Mitglieder des Bauwerksbundes! Vergesst nicht die Tausende Eurer Bundesbrüder, die in schwerem Kampfe stehen! Ihr Kampf ist auch Euer Kampf! Von Eurem Opfermut hängt der Ausgang dieser Kämpfe ab! Darum zahlt die Extrabeiträge schnell und gern! Keiner darf zurücksehen! Beweist, daß Ihr den Ernst der Lage begriffen habt! Beweist, daß die Bauarbeiter immer noch die Alten sind! Zerstört die Vergewaltigungsabsichten der Bauhölwen durch Eure oft bewährte Solidarität! Hoch der Gewerkschaftskampf! Hoch unser Bauwerksbund!

Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium.

Das Reichsarbeitsministerium hatte zum Montag, 10. August, Vertreter der Bauarbeiterorganisationen und der Unternehmerverbände geladen, um zu versuchen, die streitenden Parteien einander zu nähern und an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen. Von unserer Seite nahmen hieran die Kollegen **Paepow** und **Silberstein** teil. Unsere Vertreter erklärten, die Zeit scheint noch nicht für eine Annäherung reif zu sein, die Kampfmöglichkeiten seien noch nicht erschöpft, deshalb verstanden sie nicht, warum sich das Reichsarbeitsministerium schon jetzt bemühle. Ihnen wurde erwidert, das Ministerium könne und dürfe nicht länger tatenlos zur Seite stehen; der Kampf schädige das Allgemeinwohl aufs Ärgste, zumal eine Verschärfung der Lage in Aussicht stehe.

Zu einer gegenseitigen Aussprache der Parteien kam es nicht. Der Beauftragte des Reichsarbeitsministeriums, Herr **Möwes**, verhandelte dann mit den Parteien gesondert. Das Resultat war folgendes: Es wird ein Schiedsgericht eingesetzt, bestehend aus je 4 Vertretern beider Parteien. Den Vorsitzenden ernannt das Reichsarbeitsministerium. Ueber etwa weitergehende Befugnisse des Schiedsgerichts wird später entschieden. Vor diesem Schiedsgericht werden alle vorhandenen Streitfälle verhandelt. Und zwar entscheidet das Schiedsgericht nur über die Lohnhöhen. Am 12. August wird verhandelt über die Löhne im Freistaat Sachsen, Provinz Sachsen mit Anhalt, Mecklenburg. Am 13. August wird verhandelt über die Löhne im Freistaat Baden, für Groß-Berlin und Kassel. Dergestalt werden alle Streitfälle nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Damit wird das Geschick aller Streitenden und Aussgesperrten miteinander verknüpft. Die Erklärungsfrist läuft bis Dienstag, 18. August, abends 6 Uhr. Alle Vorstellungen unserer Vertreter, die Erklärungsfrist sei zu kurz bemessen, wurden von Herrn **Möwes** zurückgewiesen. Sollte es zu einer Einigung kommen, so wird sofort anschließend über einen Reichsarbeitsvertrag verhandelt. Ferner sollen alle Verträge in anderen Lohnbezirken, sofern sie bis Oktober ablaufen, gleichfalls vor dem Reichsschiedsgericht verhandelt werden, wenn örtliche oder bezirkliche Verhandlungen keine Einigung bringen.

Dies das Ergebnis, das als Zwangsergebnis zu werten ist; denn wiederholt drohte Herr **Möwes** mit diktatorischen Maßnahmen. Zu sagen wäre dazu nicht viel. Die Möglichkeiten, auf diese Weise die Kämpfe zu beenden, sind äußerst beschränkt. Und falls es wirklich gelingen sollte, durch das Schiedsgericht einen annehmbaren Abschluß der derzeitigen Kämpfe herbeizuführen, so dürften dennoch die Verhandlungen über einen Reichsarbeitsvertrag scheitern. Wir können nach allen bisherigen Vorgängen nicht annehmen, die Anschauung der Unternehmerverbände hätte sich jetzt demmaßen geändert, daß diese in den wichtigsten und entscheidenden Punkten eines solchen Vertrages zum Nachgeben geneigt wären. Deshalb wird auch für die nächste Zukunft an einen annehmbaren Reichsarbeitsvertrag noch nicht zu denken sein.

Unsere Mitgliedern aber rufen wir dies zu: **Laßt Euch nicht durch den Gedanken einwiegen, der Kampf gehe nunmehr seinem Abschluß entgegen! Die Brücke, die zu einem — wenn auch nur vorläufigen — Frieden führen könnte, ist äußerst schmal. Die Unternehmer haben auch am 10. August wieder mit der Gesamtaussperrung gedroht, falls nicht das Schiedsgericht eine Einigung herbeiführe. Darauf richtet Euch ein! Auf nichts anderes! Es wäre töricht, sich nunmehr dem Glauben hingeben zu wollen, der Kampf gehe seinem Ende entgegen. Was zur Zeit vor sich geht, das ist nur ein neuer Abschnitt dieses großen Kampfes. Jetzt gilt es erst recht zu rufen; denn unermessliche Entscheidungen stehen auf dem Spiel. Und dabei wird der die Oberhand behalten, der am ungeschwächtesten ist. Darum Augen und Ohren auf! Laßt Euch nicht einlinken! Mühtet weiter! Sorgt für Kampfmunition! Zählt vor allem pünktlich die Extrabeiträge! Der Grad unserer Opferbereitschaft ist entscheidend für den Ausgang dieser Kämpfe!**

Wie wir bei Redaktionschluß erfahren, wird sich der Ausschuss des **ADGB**, der zur Zeit des Abschlusses dieser Nummer des „Grundstein“ in außerordentlicher Sitzung in Berlin tagt, auch insbesondere mit den Kämpfen und der angeknüpften Generalaussperrung im Baugewerbe beschäftigen. Das Resultat kann nur sein, daß sich der Bundesausschuss des **ADGB** auf die Seite der kämpfenden Bauarbeiter stellt, indem er ihnen als Vortrupp des Kampfes um den Achtstundentag seine vollste Sympathie ausspricht und, falls die Bauunternehmer ihre Aussperrungsandrohung verwirklichen sollten, die gesamte Arbeitererschaft **Deutschlands** zum Gegenschlag aufruft. Wir begrüßen dies. Hoffentlich erkennen daraus die Bauunternehmerorganisationen und die hinter ihnen stehende Schwerindustrie, daß es doch nicht so leicht sein wird, die Bauarbeiter unter die Unternehmerfuchel zu zwingen. Unsere Mitgliedern aber mag dies ein Ansporn sein, nun erst recht in Kampf und Opfermut auszuharren und alles dazu beizutragen, unserer gerechten Sache zu dienen und dieser zu einem guten Abschluß zu verhelfen!

Aus einer Tagung baugewerblicher Scharfmacher.

Auf der 15. ordentlichen Hauptversammlung des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe **Schleswig-Holstein** E. B. am 20. Juni dieses Jahres in **Flensburg** beschwerten sich die schleswig-holsteinischen Bauunternehmer über ihre hamburger Kollegen, weil diese nach der ersten Aussperrung bereits genug hätten. Die hamburger Unternehmer hätten die **Schleswig-Holsteiner** im Schilde gefassen, als diese verlangten, wegen kleiner Zeitverzug sollte von neuem ausgehört werden. Man müsse sich sehr überlegen, ob man „das bisherige Verhältnis aufrechterhalten wolle“. Schließlich beschloß man, die **Schleswig-Holsteiner** zu beeinflussen und daher eine Erneuerung der Tarifgemeinschaft mit den hamburger Verbänden vorzuschlagen.

Eine beachtliche Rolle im Kampfe gegen die Arbeiter wurde in einer Einigung mit den Baumaterialienhändlern gespielt. Die Versammlungen waren sich darüber einig, daß durch die erfolgreiche Durchführung einer Materialsperrung in einem Arbeitskampfe am schnellsten die Arbeiter oft zurückgekommen sei. Daneben erhoben die

Bauunternehmer von Verträgen mit den Materialienhändlern eine Erhöhung ihres Preises. Der Geschäftsführer **Rehbehn** sagte in seinem Vortrage über diesen Punkt zusammenfassend, „ein Vertrag mit den Händlern sichere schon einen bestimmten Verdienst an den Materialien auch bei Preisverungen, die an den Bauhauern direkt ausgeführt werden, ferner ermögliche dies einen Einfluß auf die Preisgestaltung der Materialien und trage schließlich dazu bei, den Unternehmern einen Erfolg zu sichern“. Hier haben wir schon auf mehr die Feststellung, daß die Verteuerung der Baustoffe noch besonders gesteigert wird, indem sich die Bauunternehmer von den Materialienhändlern betragsmäßig besondere Verdienste sichern. Die Bauunternehmer haben nicht genug an dem Verdienst, den sie allgemein in ihre Kalkulation eingestellt haben, sie nehmen auch noch an den Materialien Prozente, so daß das Bauern durch diesen doppelten Aufschlag noch ganz besonders verteuert wird.

In der Hauptversammlung wurde auch sehr viel über die Lehrlingsfrage gesprochen und gewünscht, daß mehr Lehrlinge als bisher ausgebildet werden, um der „Facharbeiternot“ zu steuern. Der Vertreter der Handwerkskammer **Flensburg**, Herr **Jürgensen**, sagte weitestgehendes Entgegenkommen zu. Daß die Bauunternehmer von ihrer Hauptverantwortung befreit wurden, gegen jede Erweiterung der Versicherungspflichten und die damit verbundene Belastung des Gewerbes schärfstens einzuschreiten, versteht sich von selbst. Die Herren ließen sich auch einen Vortrag halten über **Streikschutz** und **Streikderzeugung**. Nach einer regen Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, durch die grundsätzlich dem Beitritt des Verbandes zum **Deutschen Streikschutz** zugestimmt wird unter der Bedingung, daß der Vorstand einen Vertrag mit dem **Deutschen Streikschutz** abschließt, worin die in der Aussprache vorgeschlagenen Wünsche der Mitglieder Berücksichtigung finden.

Der bekannte **Unternehmenspublizist**, **Freier Reichs-** **witz**, hielt einen Vortrag über die **Arbeitszeit**. Natürlich verdamnte er den Achtstundentag in Grund und Boden; unter anderem sagte er, „in keinem Gewerbe seien diese Bestimmungen schädlicher empfunden als im Baugewerbe“. Zu einem Beschluß wird vom **Deutschen Arbeiterverband** für das Baugewerbe verlangt, er solle sich mit allen Kräften dafür einsetzen, „daß im zukünftigen Reichsarbeitsvertrag wenigstens für die Sommermonate eine Verlängerung der Arbeitszeit festgesetzt wird“.

In der dieser Versammlung folgenden 9. ordentlichen Hauptversammlung des **Bezirks-Verbands** für das Baugewerbe **Schleswig-Holstein** hielt der **Syndikus** **Miedel** einen Vortrag über die **sozialen Baubetriebe**. Er sagte, man könne die **sozialen Baubetriebe** nur als eine Kampforganisation der **Gewerkschaften** bezeichnen. Alles müsse geschehen, um sie nicht zur Macht werden zu lassen, „die schließlich das private Baugewerbe in seiner Existenz bedrohen könnte“. Von den **Rednern** zu dieser Frage wurde besonders hervorgehoben, man müsse alles tun, um in den Gemeinden zu verhindern, daß den Bauhülten Arbeiten übertragen würden. Herr **Saatz**, **Flensburg**, brüstete sich damit, er hätte es bisher durch rechtzeitiges Aufpassen immer erreicht, daß keine Beschlüsse gefaßt wurden, die den **sozialen Baubetrieben** Arbeit zuweisen. Daher habe der **soziale Baubetrieb** in **Flensburg** nur einen ganz bescheidenen Umfang einnehmen können. In interessanter Weise äußert sich zu dieser Frage schon der **Geschäftsbericht** dieses **Bezirksverbandes**. Es heißt da:

„Der **sozialen Baubetriebe** Verhalten vor Lohnkämpfen macht sie zu einer Gefahr nicht nur für die Lohnbestellung im Baugewerbe, sondern indirekt für alle anderen Gewerbe. Einmal verpfändet ein mit den **Gewerkschaften** getroffenes Abkommen die in den **sozialen Baubetrieben** arbeitenden Arbeiter, bei Arbeitskämpfen sich neutral zu verhalten und die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen so lange fortzusetzen, bis der Kampf entschieden ist, dann aber stellen auch die **sozialen Baubetriebe** nachweislich bei Arbeitskämpfen so viele der Streitenden und ausgesperrten Leute ein, als das nur irgend möglich ist und stärken dadurch die Front der **Arbeiternehmer** außerordentlich. So ist es zu verstehen, daß die Führer der **Ar-**

beiter die Förderung der sozialen Baubetriebe ganz außerordentlich propagieren. Die Aufgabe unserer Ortsgruppen muß vor allem sein, zu verhindern, daß den sozialen Baubetrieben auch fernerhin noch Darlehen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, oder daß die Gemeinden sich an den Gesellschaften beteiligen und damit an der guten Beschäftigung und dem Gedeihen dieser Betriebe interessiert werden und das private Baugewerbe bei Vergabungen von Arbeiten zurücksetzen.

Aus dieser Internernehmerbeurteilung sollten auch unsere Kollegen lernen. Diese Verhandlungen der Internernehmer beweisen Zug um Zug, daß die Bauarbeiterzeitung mit aller Kraft an dem bisherigen Kurs ihrer Gewerkschaftspolitik festhalten muß.

Was verkauert das Bauen?

Nicht vom Baustoffwucher wollen wir in diesem Kapitel reden, auch nicht von unklarer Substitutionskrisis, vielmehr möchten wir diesmal die Internernehmer und deren Interessenvertreter sprechen lassen. Im Heft 32 der „Bauwelt“ sagt nämlich der Regierungsbaumeister Ernst Runge, es gebe wohl kaum einen Berufszweig, bei dem die Arbeitsmethoden von den einzelnen Firmen so verschiedenartig angewendet würden, als im Hochbaugewerbe. Wörtlich sagt er weiter: Während wenigstens die größeren und großen Firmen bestrebt sind, in technisch-neuzeitlichem Geiste den Arbeitsvorgang zu organisieren, arbeitet die große Masse der Kleinen, selbst der mittleren Firmen noch genau so, wie unsere Väter und Ähnen es seit Jahrhunderten gewöhnt sind. Fast unverständlich scheint es einem modernen Techniker, wenn heute noch wie seit Jahrtausenden aus tiefen, verschlammten Baugruben der Boden mit Pferdegespann herausgeschleppt wird, wenn man sieht, wie noch heute die Ziegel langsam und mühsam von Menschenhand auf den Bau getragen werden, wenn man das Mühen des Wärtels mit der Sand- und viele andere Rücksichtlichkeiten beobachtet.“ Runge erläutert weiter, daß auch beim Tiefbau solche Rücksichtlichkeiten vorhanden seien, er verweist darauf, daß zum Beispiel in den verkehrsreichen Straßen der Großstadt der schäbste Unterboden in Asphaltstraßen immer noch mit Menschenhand geschlagen wird, durch solche rückständige Arbeitsweisen werde der Verkehr wochenlang gehemmt. Auch selbst bei größeren Erdbewegungen werde noch der Boden mit Menschenhand verladen, obwohl sich solche Arbeiten sehr gut mechanisch ausführen lassen.

Der Mann hat recht. Daraus ist aber zu folgern, daß durch die Schuld unermöglicher Bauunternehmer, das Bauen unruhig verteuert wird. Auch die Schriftleitung der „Bauwelt“ ist dieser Meinung. Sie fordert Beschaffung von Maschinen zur Beschleunigung der Bauarbeiten bei der wesentlichsten Quelle der derzeitigen Teuerung. Ohne technische Umstellungen lasse sich nach den Lehren der Wirtschaftsgeschichte der Markt nicht wieder beleben.

Sehr richtig! Das haben wir schon immer behauptet. Aber die Bauunternehmer wollen eben kein Gutes in den Betrieb stecken, ihre Wirtschaftserkenntnis erschöpft sich darin, mit niedrigen Löhnen und möglichst verlängelter Arbeitszeit es denn doch schaffen zu wollen. Das ist nach Form allerdings die faulste und bequemste Methode, um einen Betrieb zu erhalten, aber den „Bauwäutern“ beliebt sie eben. Deshalb auch die großen Kämpfe im Baugewerbe, deshalb aber auch die Verkünder des Bauens. In letzterer werden jedoch trotz solcher Internernehmergefühle nach wie vor nur die „hohen“ Löhne der Bauarbeiter die „Schuld“ tragen, aber beiseite nicht der Baustoffwucher, die künstliche Profitklauberei der Bauunternehmer oder deren rückständige Produktionsweise.

Ein Gemütsmenschen.

In der „Bauwelt“ schreibt Herr Johannes Klapper allerlei Ungereimtes gegen den „Vorwärts“. Dagegen sich zu wehren, ist des „Vorwärts“ Sache, das heißt, wenn er es für nötig hält. Herr Klapper sagt dann gemütsvoll zum Schluß, er wolle nicht untersuchen, ob die Forderungen der Bauarbeiter für das Baugewerbe tragbar seien. Darüber werde sich das Baugewerbe besser äußern können. Herr Klapper spielt also gewissermaßen den „Unparteiischen“. Aber anscheinend versteht auch er unter „Baugewerbe“ nur die Bauunternehmer, nicht etwa auch die Hunderttausende Bauarbeiter. Worurteillos wie sich der Mann gibt, benutzt er demnach die Bauunternehmer zu Nichtern in eigener Sache. Herr Klapper kann aber auch ungemütslich werden. So nennt er es unverantwortlich, wenn sich die Gewerkschaften und die ihr nahestehende Presse bemühen, in Verfolg ihrer Ziele gegen das Baugewerbe (lies: die Bauunternehmer), den Baustoffhandel und die Baustoffindustrie vorwärts zu erheben. Demnach hätten die Bauarbeiter und „die ihnen nahestehende Presse“ alle Vorwürfe, nur die Bauarbeiter verteuerten das Bauen durch ihre „maßlosen“ Forderungen, ruhig einzusetzen. Sie dürfen sich auch nicht verteidigen, wenn ihnen Herr Klapper vorwirft, sie hätten jetzt nur „ihre Machtstellung gründlich aus“. Deshalb jedenfalls die Ausperrung durch die Internernehmer in Baden, Mecklenburg, Provinz Sachsen, Anhalt, Preussisch-Sachsen! Deshalb jedenfalls auch die Androhung der Ausperrung im gesamten Baugewerbe Deutschlands!

Immerhin, Herr Klapper ist trotzdem ein Gemütsmenschen. Wenn auch die Bauarbeiter vom „Baustoffwucher“ reden, so will er dennoch nicht die „Heberpannung“ ihrer Lohnforderungen „Lohnwucher“ nennen. In der Tat: Ein Gemütsmenschen! Aber vielleicht erlunbt sich der Mann einmal beim „Baugewerbe“, wie man Lohnwucher treibt, indem man bei Baukostenanschlägen die Löhne der Bauarbeiter mit 100 und mehr Prozent in Anrechnung bringt und, wie im Preussisch-Sachsen, bei solchen „Kalkulationen“ auch „Ferienunkosten“ der Bauarbeiter mit berechnet, obwohl die letzteren gar keine Ferien haben und die jährlichen Internernehmer mit Händen und Füßen gegen die Zumutung

strampeln, den Bauarbeitern einige Tage Ferien im Jahre gewährt zu sollen. Herrn Klappers „Baugewerbe“ „berträgt“ wohl die Anrechnung von Ferienunkosten bei Baukostenanschlägen, aber nicht die Ferien der Bauarbeiter selbst.

Die Steuergesetze angenommen!

Die Steuerflächten sind geschlagen, Sieger ist der Reichsdiot im Reichstag geblieben. Seine Mehrheit konnte nur siegen, weil das Zentrum neue Gesetze nicht leistete. Daß das Zentrum mit den Reichsparteien durch die und dann gegangen und in nur unvollständiger Abänderung alles unterkriegt, was die Deutschnationalen verlangten, ist noch vor einigen Wochen von manchem nicht für möglich gehalten worden. Der Kampf um die Steuer- und Zollvorlagen ist somit zu einem Wendepunkt in der politischen Geschichte der Nachkriegszeit geworden. Der Volksblock dürfte für immer dahin sein. Denn es darf wohl als ausgeschlossen gelten, daß ein enges Bündnis einer Arbeiterpartei wie der Sozialdemokratie mit einer Partei, die die Steuer- und Zollvorlagen durchheißeln half, jemals wieder geschlossen werden könnte. Manche Illusion wird damit dahinsinken.

Was die Steuervorlage bedeutete, ist bereits auseinandergelegt worden. Alle Verbesserungsvorschläge dazu wurden rückfahriglos niedergestimmt. Sogar die Zentrumsarbeiter mußten erleben, wie unerbittlich eine fanatische Mehrheit von Interessenten ist. Sie hatten nämlich in letzter Stunde noch gefordert, wenigstens die Umsatzsteuer für die notwendigen Lebensmittel aufzuheben. Die Regierung erklärte, daß sie unter keinen Umständen die Umsatzsteuer unterheben ließe. Schließlich begnügte sich das Zentrum mit der Zusage, daß die Umsatzsteuer vom 1. Oktober an auf 1% ermäßigt werden soll, das heißt, wenn die Zollvorlage zur Annahme gelangt. Damit ist wiederum eine Gelegenheit geschaffen, die christlichen Arbeiter an ihrem eigenen Strid aufhängen zu können; denn schluden diese die Zollvorlage nicht, dann bleibt es bei einer Umsatzsteuer von 1 1/2% bis heute.

Der größte Raubzug aller Zeiten auf gesetzmäßigem Wege wurde vollführt. Es ging ja „nur“ um 7 Milliarden Goldmark, die dem deutschen Volke in Form von Steuern entzogen werden sollen. Die Rechte für ihr Ziel erreicht, diese gewaltige Summe in der Hauptstadt dem arbeitenden Volke aufgebürdet zu haben. Vergessen wir nie, daß dies mit Hilfe des Zentrums einträchtiglich deren Arbeitervertreter möglich war.

Erstattung von Lohnsteuer.

(Frist zur Antragstellung bis 31. Dezember 1925 verlängert.)

Durch die Neuordnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerträge erhalten. Für das Jahr 1924 besteht dieser Anspruch in zwei Fällen: bei Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit usw. und beim Vorliegen besonders wirtschaftlicher Verhältnisse des Steuerpflichtigen (Krankheit, Unglücksfall und dergleichen). Danach besteht in allen Fällen, in denen der steuerfreie Betrag nicht in voller Höhe gutgebracht ist, ein Recht auf Rückerstattung der zuviel abgezogenen Lohnsteuer. Dieser Anspruch besteht ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohnes und der bestehenden sonstigen Einkommen.

Ursprünglich sollte die Frist zur Einbringung solcher Anträge an das Finanzamt am 31. Juli ablaufen. In dem Einkommensteuergesetz, das der Reichstag jetzt verabschiedet hat, ist aber auf Antrag der Sozialdemokratie die Frist bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden. Es ist also hinreichend Zeit gelassen, damit die Gewerkschaften und Betriebsräte die Anträge und erforderlichen Unterlagen sammeln und gemeinsam an das Finanzamt einreichen können. Es liegt im dringenden Interesse aller Lohnsteuerpflichtigen, daß von der Möglichkeit zur Erstattung von zuviel gezahlter Lohnsteuerbeiträge weitestgehender Gebrauch gemacht wird.

Es empfiehlt sich, diese Anträge etwa in der Form zu stellen, die das nachfolgende Formular enthält, das von verschiedenen Finanzämtern für solche Zwecke auszugeben worden ist:

Am das Finanzamt in
Auf Grund des § 10 des Steuerüberleitungs-gesetzes vom 29. Mai 1925 beantrage ich eine Erstattung von Einkommensteuer.

Steuern für das Kalenderjahr 1924.

Familienstand: verheiratet — ledig — verwitwet.

Kinder ohne eigenen Erwerb:

Folgende Angehörige werden vom Antragsteller ohne ausreichende Mittel unterhalten:

Der Verdienst im Jahre 1924 wurde geschmälert durch Krankheit, Invalidität, Unglücksfälle welcher Art?

Höhe der dadurch entstandenen Ausgaben oder Ausfälle?

Ist der Antragsteller dauernd erwerbsvermindert durch Kriegsbefähigung, Invalidität oder Unfall?

Wieviel Prozent?

Im Jahre 1924 erwerbslos gewesen vom bis

Beschäftigt gewesen:

Wem bis	Bei welchem Arbeitgeber	Verdienst in dieser Zeit	Einkommensteuerbeitrag in dieser Zeit	Bemerkungen

Insgesamt 1924:

(Wohnung, Wohnort)

(Unterschrift)

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Im Streik oder ausgeperrt sind die Kollegen in Berlin, Bad Ems, Cassel, Crefeld (Sperre über Sültenwerke), Hof, Leutenberg (die Firma Koch, Strich & Müller G. m. b. H.), Stolp i. P. (Unternehmer Geller), Stuttgart (Steinbauer). Das ganze Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist für die Bauarbeiter aller Fachgruppen gesperrt. Zuzug ist strengstens ferngehalten.

Ausgeperrt sind die Bauarbeiter in Ober-, Mittel- und Unterbaden sowie in der Vorderpfalz. Der Zuzug von Angehörigen aller Fachgruppen ist strengstens ferngehalten.

Ausgeperrt sind die Bauarbeiter in Mecklenburg, im Preussisch-Sachsen, in der Provinz Sachsen und in Anhalt.

Glafer: Gestreikt wird in Pforzheim.

Stauffeneue: Gestreikt wird in Berlin, Freyburg i. V., Ratzenburg und Singen.

Läufer: Gestreikt ist für Dönsberger Stargard i. P., Stolp i. P. und Straßfurt (Firma Franz Winterfeld). In Celle streiken die Dönsberger der Firma Daute.

Steinseger: Gestreikt wird in Planen i. Vogt.

Vom Kampf in Berlin. Die Berliner Internernehmerorganisation hat alle Hände voll zu tun, um die einzelnen Bauauftraggeber, die sich die Durchführung ihrer Bauarbeiten nicht durch die Kampfeslust der Internernehmer unmöglich machen lassen wollen, von der „Wirtschaftsschädlichkeit“ ihres Verfaltes zu überzeugen. Immer neue Rundschreiben und Anschreiben werden zu diesem Zweck an die Auftraggeber geschickt. Wie die Beschauptungen in diesen Schreiben ausfallen, kann man sich leicht vorstellen. Der Zweck muß eben dabei die Mittel heiligen. So heißt es in einem dieser Schreiben: „Alle Bestimmungen, die in der ersten Zeit nach der Revolution in frühere Verträge hineingekommen, aber schon längst bei späteren Vertragsabschlüssen wieder entfernt waren, sind (von den Arbeitern) aufs neue herbeigeholt.“ Das muß den Eindruck erwecken, als ob die Bauarbeiter schon mal niedergebühlet gewesen wären. Demgegenüber ist betont, daß lediglich nur die Bestimmung über die Bezahlung von Regenstunden in dem letzten, im Februar 1924 von den Internernehmern zerrissenen Reichsstarbvertrag beibehalten war. Alle anderen sozialen Bestimmungen, Arbeitsvertrag, Ferien usw., waren im letzten Reichsstarbvertrag noch gestrichelt. Und auf diese Erzeugnisse muß die Internernehmerorganisation unter allen Umständen den Widerstand und alle anderen sozialen Bestimmungen beibehalten will. Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb das Baugewerbe nun schon den zweiten Sommer dauernd von umfangreichen Kämpfen durchstößt wird. Die Internernehmer glauben offenbar, jetzt durch Anwendung aller möglichen Mittel im Endspurt den Sieg erringen zu können. Sie werden sich täuschen. Die Bauarbeiterzeitung, und wenn es nötig werden sollte, die gesamte deutsche Arbeiterzeitung werden solche Schamraderarbeiten ausstatten machen.

Was kümmern sich die Internernehmer um das Gemeinwohl! Die Berliner Städtischen Gaswerke A.-G. teilen kürzlich in der Tagespresse folgendes mit: Die lange Dauer des Bauarbeiterstreiks, gestreikt die Gasversorgung Groß-Berlins, wenn nicht die Arbeit an den zur Zeit im Umbau begriffenen und durch den Streik lahmgelegten Gaserzeugungsanlagen umgehend wieder aufgenommen wird. Die im Umbau befindlichen Anlagen sollten nach den mit den Bauunternehmern geschlossenen Verträgen bereits im Oktober 1925 in Betrieb genommen werden. Die Innehaltung dieses Termins ist ausgeschlossen. Schon jetzt ist mit einer Erzeugung von mindestens vier Wochen zu rechnen, selbst wenn die Arbeit umgehend wieder aufgenommen wird. Ausdet von der Berliner Städtischen Gaswerke A.-G. aufgestellten Berechnungen über den vermünftigen Gasverbrauch wird sich bereits im Oktober ein Selbstbetrag von etwa 6 Millionen ohm Gas ergeben. Bei einer noch längerer Dauer des Streiks würde sich dieser Selbstbetrag im Dezember bereits auf etwa 11 Millionen ohm Gas stellen. Bei dieser Sachlage muß mit einer Kontingentierung des Gasverbrauchs gerechnet werden, wenn es den in Frage kommenden Stellen nicht gelingt, eine abschließende Fortführung der Bauten zu erreichen. Eine Kontingentierung des Gasverbrauchs würde aber eine große Gefahr für die gesamte Berliner Bevölkerung bedeuten. Insbesondere würde die Industrie stark behindert und die öffentliche Sicherheit durch verminderte Straßenbeleuchtung erheblich gefährdet werden. Diese Auslassung der Gaswerksdirektion hört sich beinahe heil an, als ob die Berliner Bauarbeiter schuld an dem Streik wären. Das nähme allerdings nicht besonders wunder. In Wirklichkeit waren es aber die Internernehmer, die den Arbeitern tarifliche Rechte vorzuziehen, die andere Bauberufsgruppen längst haben. Nunmehr hat der Verband der Bauarbeiter die Ausperrung angeordnet, um ein mögliches Einsetzen aller Bauten zu erzwingen. Es kommt also den Internernehmern nur auf die „Wirtschaft“ an, gleich, welche Folgen daraus für die Öffentlichkeit entstehen. Was kümmert sie denn die Öffentlichkeit! Die Verhinderung ihres Machtpunktes geht vor. Die Generalausperrung war natürlich ein Schlag ins Wasser. Der in Berlin in Arbeit stehenden sind dadurch nicht weniger geworden.

Vom Kampf im Bezirksverband Magdeburg. Am 5. August nahmen die Mitglieder der Baugewerkschaft Magdeburg in einer stark besuchten Versammlung den Bericht über die bisherigen Verhandlungen entgegen und beschäftigten sich mit den auf der Bezirkskonferenz in Götzen gefassten Beschlüssen. Kollege Lange gab ein Bild von den Bemühungen des Schriftführers, die Parteien über die Vorträge hinwegzubringen. Bei den Verhandlungen wurde nochmals die Frage aufgerollt, ob Wirtschaftsgewerbe oder Lohnklassen die zukünftige Unterlage für die Lohnregelung bilden sollen. Wenn auch noch keine Einigung über die Lohnklasseneinteilung erzielt wurde, so sind doch nur noch wenige Tage strittig geblieben. Bei diesen mit

der Schlichter versuchen, die richtige Lösung zu finden. In der Lohnhöhe sind sich die Parteien nicht näher gekommen. Es war ganz selbstverständlich, daß, wenn über Lohnklasseneinteilung geredet wird, auch über die Lohnhöhe gesprochen werden muß. In dieser Frage blieben die Unternehmer ihren von zentraler Stelle eingegebenen Beschlüssen treu und lehnten jedes Entgegenkommen ab. Die vierte Aussperrungswoche hat begonnen, weitere werden folgen. Der Schlichter konnte oder wollte von sich aus nicht in die Bewegung eingreifen, obwohl die besten Wochen des Baujahres dadurch ungenutzt verstreichen. Bei der letzten Verhandlung am 3. August lehnten die Unternehmer wieder jedes Entgegenkommen ab und befanden, daß sie den Schlichter für die Regelung der Streitfrage nicht haben wollten. Damit sind die Verhandlungen abgebrochen. In Magdeburg sind allerhand Gerüchte im Umlauf. Die Kollegen tun gut, solchen Gerüchten nicht zu glauben. Die Bauarbeiter haben bisher den alten Geist der Zusammengehörigkeit bewiesen, sie werden auch jetzt den Kampfschlüssen durchhalten. Die Entlassungsheine mit dem Vermerk „Ausgesperrt wegen Zeitstreik“ hat das Gewerbegebiet für unzulässig erklärt. Die beklagte Firma ist verurteilt, die Entlassungsheine zu ändern. Alle Fälle, wo unsere Kollegen den Nachweis des Schadens erbringen, werden wir dem Gericht überweisen. Lieber die Bezirkskonferenz in Göttingen erstattete Kollege Heinemann den Bericht. In der Aussprache waren alle Redner über die Notwendigkeit der geschlossenen Führung des Kampfes einig. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Beschlüsse des Bundesrates und auch die Beschlüsse der Bezirkskonferenz im Interesse des einheitlichen Kampfes durchzuführen werden müssen. Die Kampfschlüsse gelten für alle Mitglieder, die in Arbeit stehen. Soweit die Kollegen zu den höheren Löhnen beschäftigt waren, haben sie für die 30. und 31. Weiragswoche den Mehrverdienst aufzuführen. Von der 32. Weiragswoche an treten für alle Mitglieder die in „Grundstein“ Nummer 32 veröffentlichten Bundesstreikbeschlüsse in Kraft.

Der Kampf in Waden und der Vorderpals. Seit neun Wochen ist hier das Baugewerbe teils durch Streiks, teils

durch Aussperrung lahmgelegt. Da darunter in starkem Maße der Wohnungsbau leidet und wichtige Bauten der Gemeinden und Staatsbehörden verzögert werden, lag ein erhebliches öffentliches Interesse vor, diesen Kampf zu beenden. Die badischen Regierungs- und Schlichtungsinstanzen haben sich deshalb bemüht, die Parteien zusammenzubringen und eine Einigung herbeizuführen. Zunächst fanden freie Verhandlungen der Parteien unter Leitung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in Karlsruhe statt. Bei diesen Verhandlungen begründeten beide Parteien ihre Forderungen. Die Unternehmer verlangten die Einföhrung weiterer Ortsklassen und damit eine größere Differenzierung des Lohnes zumgunsten der Bauarbeiter. Weiter sollte die Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden und darüber hinaus verlängert und der Lohn abgeheult werden. Ferner wollten sie ganz im Gegensatz zu der mehr als zwanzigjährigen Übung die Altersgrenze von 19 auf 22 Jahre festgelegt wissen. Die Jüngstlinge sollten geführt für neu in das Baugewerbe kommende Arbeiter sollte die Karenzzeit von 3 auf 6 Monate verlängert werden. Ferien sollten die Bauarbeiter natürlich nicht haben, ebenso wurde eine Regelung der Bekleidungsfrage verweigert. Im Gegensatz dazu wollten die Vertreter der Bauarbeiter in der Hauptsache nur die Bestimmungen wieder eingeführt wissen, die in früherer Zeit im Baugewerbe tarifvertraglich aufgefunden waren. Eine Aenderung sollten die Löhne erfahren, die Ferienfrage sollte neu geregelt werden. An Löhnen forderten die Bauarbeiter nur das, was in Bayern, Württemberg und Hessen lange vorher festgelegt war. Die Ferienfrage war in einem früheren Tarifvertrag so geregelt, daß etwa die Hälfte der Bauarbeiter keine Ferien erhielt. Dies sollte jetzt so geregelt werden, daß alle Bauarbeiter in den Genuss von Ferien kommen; dabei blieben aber die Forderungen nach Ferien weit hinter dem zurück, was für andere Berufe längst festgelegt ist. — Angehts solcher Gegenstände war es natürlich nicht möglich, zu einer Verständigung zu kommen. Der Schlichtungsausschuss in Karlsruhe mußte deshalb den Streit durchspannen. Er fällt am 28. Juli einen Schiedsspruch, der die mittlere Linie innehielt und von den Forderungen der Arbeiter

viele abstrich. Trotzdem glaubten die Bauarbeiterorganisationen im Interesse des Baugewerbes den Schiedsspruch annehmen zu sollen. Mit Stimmenmehrheit entschieden sie sich für dessen Annahme. Die Unternehmer dagegen lehnten den Schiedsspruch ab. Daraufhin beantragten die Arbeitervertreter die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches. Am 6. August fanden dann Nachverhandlungen vor dem Schlichter in Waden statt. Die Unternehmer erschienen hierzu in sehr großer Anzahl; sie brachten auch den Syndikus des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe aus Berlin mit. Gleich nach Eröffnung der Sitzung gab der Vorsitzende, Herr Landrat Stähle, bekannt, daß die badischen Schlichtungsinstanzen ausgeschaltet seien und das Reichsarbeitsministerium sich die Entscheidung der Streitfrage vorbehalten. Die Unternehmer wählten sich sofort gegen eine sachliche Begründung ihrer Ablehnung des Schiedsspruches. Sie verlangten Zeit zu einer Beratung unter sich. Diese Beratung dauerte nahezu 2 Stunden. Dann gaben sie die Erklärung ab, sie hielten eine Verhandlung vor dem Schlichter in Waden für überflüssig, eine solche könne nur in Berlin vor dem Reichsarbeitsministerium vor sich gehen. Die Arbeitervertreter erklärten, sie seien zu Verhandlungen bereit, sie hielten ferner ihren Antrag auf Verbindlichkeitsklärung aufrecht. Der Schlichter verhandelte dann zunächst mit den Unternehmern, dann übermittelte er den Arbeitervertretern das Verlangen der Unternehmer, der Streit solle durch bedingungslose Aufnahme der Arbeit erledigt werden. Dies lehnten die Arbeitervertreter ab, worauf der Schlichter die Verhandlungen als gescheitert erklärte. — Der Kampf geht sonach weiter, er dürfte in den nächsten Tagen und Wochen eine Verschärfung erfahren. Die Arbeiter haben bewiesen, daß sie bereit waren, den Kampf zu beenden und damit eine weitere Schädigung des Baugewerbes, besonders des Wohnungsbau, zu verhüten. Die Unternehmer wollen jedoch die Arbeiter bedingungslos auf die Knie zwingen. Dies soll ihnen nicht gelingen. Wir richten uns jetzt auf eine längere Dauer des Kampfes ein. Für alle Schäden, die durch den Kampf entstanden sind und weiter entstehen, sind allein die Unternehmer verantwortlich.

Sie sperren aus!

Die nebenstehenden Abbildungen fanden wir in Nr. 183 der „Magdeburger Volksstimme“. Wir sehen auf dem ersten Bilde den „notleidenden“ Bauherrn (lies: Bauunternehmer), wie er sich von den „Straßenzügen“ seines „Schaffens“ am Meeresstrand „Erholung“ verschafft. Er verlebt auf diese Weise seine Ferien. Auf dem zweiten Bilde sehen wir, wie der Mann vom Bau „Ferien“ verlobt. In schmerzlicher Schweiß bei schwerster Arbeit. Das dritte Bild zeigt, wie der Bauunternehmer zum rasenden Roland wird, wenn es sich um seine „heiligsten Güter“ handelt. Er sperrt aus, wenn die Arbeiter nicht nach seiner Weise tanzen wollen. Na, und wenn dann die Wohnungsnot (Abbildung 4) wegen rücksichtsloser Aussperrungen nicht behoben wird, dann weist der Bauunternehmer auf die bösen Bauarbeiter hin, die dies große Elend „verschulden“. Ihre unverschämten Lohnforderungen verböten das Bauen, die Bauunternehmer handelten nur in „Notwehr“, sie wehrten sich nur ihrer Haut, um nicht dem vollständigen Ruin zu verfallen. Und kein Wort wird gesagt von unverschämter Kalkulation und von unverschämtem Baustoffwucher. Auch kein Wort über die Vergewaltigungspläne der Baulöwen und ihrer Helfershelfer gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Und in diesem Streben stehen gegen die Arbeiter alle: Baulöwen, Schwerunternehmern, Spiebertum und Handelskammern! Ihnen die Freuden der Welt, den Arbeitern Entsaugung und Elend! So will es die göttliche Weltordnung der Beschäftigten!



Es lebt sich schön am Dickerstrand, Die Weine dort, die Weine! Der Bauherr zeigt sich sehr galant und kauft was für die Kleine.



Der Arbeitsmann, der schafft das Geld, Und reißt nicht in die Ferne. Was kümmert ihn die schöne Welt: Er schläppt und schläppt so gerne!



Der Bauherr aber sperrt ihn aus: Gerunter mit den Köpfen! Du sollst — nun aber raus! Aus Hungern dich gewöhnen.



Was geht denn auch den Bauherrn an Die Not, die er verschuldet, Das Elend, das der arme Mann, Der Wohnungslose duldet!

Referent: Peter Hasenzweig, Coblenz, Kastorpfaffenstraße 22/24.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations like Moers, Hambg., Kreisfeld, etc.

Referent: Theodor Schäfer, Barmen-Unterbarmen, Hapeler Straße 42.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like M. Gladbach, Rheydt, etc.

Bezirksverband Hannover.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Göttershof, Bielefeld, etc.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Referent: Fern. Dreves, Lenojo (Lippe), etc.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Referent: Karl Voigt, Osterode i. S., etc.

Bezirksverband Bremen.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Referent: Aug. Stamp, Brinkum, etc.

Bezirksverband Hamburg.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Referent: Hermann Otto, Norderburg, etc.

Referent: Joh. Schenk, Hannover, Nicolaisfr. 7, 3. 16.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Wörlin, Lübeck, etc.

Referent: Otto Lehmann, Berlin SO 16, Engelauer 24/25, 3. 81.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Bergedorf, Geesthacht, etc.

Referent: J. Denter, Lübeck, Johannisfr. 48, 2. Et.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Münster, Bismingen, etc.

Referent: Adolf Kleinfeld, Lübeck, Johannisfr. 48, 2. Et.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Seegeberg, Schönwalde, etc.

Referent: Wilhelm Lehmann, Hamburg, Rebenbinderhof 57, 3. 32.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Bad Bramstedt, Revenen, etc.

Referent: Carl Dechan, Lübeck, Johannisfr. 48, 2. Et.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Kellinghusen, Schwarzenbeck, etc.

Referent: Fritz Witt, Hamburg, Rebenbinderhof 57, 3. 32.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Glinde, Tschö, etc.

Referent: Arthur Schmit, Hamburg 25, Wallstr. 1.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Bielefeld, Referent: Hermann Könnig, etc.

Referent: Georg Hüser, Flensburg, Schlossfr. 44/46.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Friedrichstadt, Bredstedt, etc.

Referent: Carl Busse, Cuxhaven, Bernhardtfr. 25.

Bezirksverband Rostock.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Referent: Moritz Voßner, Schönberg, etc.

Referent: Hermann Peters, Hamburg 25, Wallstr. 1.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Fürstberg, Miro, etc.

Ref.: S. Sahntow, Stettin, Bismarckfr., Bureauarad.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Grabow, Pütz, etc.

Ort Tag und Stunde Lokal

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Schwane, Rostock, etc.

Bezirksverband Dresden.

Referent: Fritz Weisse, Chemnitz, Zwifauer Str. 152, 2. Et.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Kirchau, Sohland, etc.

Referent: Hermann Vietz, Leipzig, Reiter Str. 32, 3. Et.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Großschöna, Kirchfelde, etc.

Referent: Wilhelm Möller, Hamburg, Rebenbinderhof 57.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Großpostwitz, Cunevalde, etc.

Referent: Heint. Kirchner, Rölln a. M., Severinstr. 199.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Rökau, Rienenmühle, etc.

Referent: Franz Lange, Magdeburg, Gr. Mühlfr. 3, 3. Et.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Delitzsch, Dömitze, etc.

Referent: Hermann Könnig, Hamburg 25, Wallstr. 1.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Golditz, Grimma, etc.

Referent: A. Tietze, Magdeburg, Gr. Mühlfr. 3.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Greiz, Ronneburg, etc.

Bezirksverband Nürnberg.

Referent: Nikolaus Bernhard, Hamburg 25, Wallstr. 1.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Coburg, Kulmbach, etc.

Bezirksverband München.

Referent: Emil Berner, Stuttgart, Göttinger Str. 19, 1. Et.

Table with columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists locations like Freising, München, etc.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Referenten: Hugo Scheibel, Hamburg, Franz Hartl, München, Keimeister, Stuttgart, Albert Ruff, Reutlingen, Aug. Philipp, Karlsruhe, Wender, Stuttgart.

(Die Einteilung der einzelnen Veranlassungstouren geschieht vom Bezirksvorstand.)

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Bezirksverband Karlsruhe.

Referent: Jakob Kniss, Frankfurt a. M., Merseburgerstraße 58.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Table with 3 columns: Ort, Tag und Stunde, Lokal. Lists various locations and dates for meetings.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 27. Juli 1925.

Table with multiple columns: Ortsverband, Gesamt, Inhaft, u.a. Shows statistics on unemployment in the construction industry.

Von der Arbeitslosenanzahl am 27. Juli wurden 304 659 Mitglieder erfasst. Davon waren 11 334 arbeitslos, gegen 10 703 in der Vorwoche.

Aus den Baugewerkschaften.

Augsburg. (Dillingen.) Unsere Zaststelle Dillingen kann mit der Tätigkeit unseres Betriebs in Augsburg recht zufrieden sein.

Emden. Die Abgeordneten der Zaststellen der Baugewerkschaft Emden waren am 9. August zu einer Vertreterversammlung in Emden zusammengekommen.

Thale. (Braunlage.) Am 12. Juli traten wir in Braunlage in einen Streit, nachdem alle Vorstellungen bei den Unternehmern um Lohnaufhebung erfolglos geblieben waren.

Aus den Fachgruppen. Betonarbeiter.

Dresden. Am 5. August tagte hier eine Gruppenversammlung. Kollege Weu u sprach zur Ausfüllungsfrage, zum Überstundenwesen und zur Alfordfrage.

Glafer.

Berlin. (Arbeitsnachweis.) Wer bisher noch darüber im Zweifel war, das Glasgefäße werden sei ein Saisonberuf, der erhält jetzt durch die Statistik unserer Arbeitsnachweise genaue Auskunft.

Bremen. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung nahmen am 7. August auch die Glasgefäße Stellung zu den drohenden Auspöhrung. Nach einem Vortrag des Vorsitzenden der Baugewerkschaft und einer kurzen Ansprache kam die Versammlung einstimmig zur Annahme folgender Entschliessung.

Dresden. Am 25. Juli hielt unsere Fachgruppe ihre Monatsversammlung ab. Kollege V o i g t l ä n d e r legte an unsere Tarifverträge zu kündigen, damit wir endlich einmal klare Verhältnisse bekämen.

Zufüge und Abfertigungen vorgekommen, daß sich keiner mehr im Tarif durchsetzen. Es wurde beschlossen, der Sitzung davon Mitteilung zu machen. Zur Zahlung der Extrabeiträge für die auspersperrten Bauarbeiter wollten sich die Kollegen nicht verstehen. Kollege Voigtländer führte dazu aus, daß es auch unsere Pflicht ist, mit allen Kräften zu unterliegen, zumal unsere Stundenlöhne vielfach nach denen der Maurer berechnet werden. Eine Niederlage zöge demnach auch die Gefahr in Mitleidenhaft. Außerdem erfordere schon die Solidarität eifrigste Pflichterfüllung. Hier gehe es um Sein oder Nichtsein des Bundes. Die Kollegen erklärten sich hierzu zur Zahlung der Extrabeiträge bereit. (Was ja auch ihre Pflicht ist. Red.) Zur Verklingsfrage wurde bemerkt, daß ein Ausschuß der Meinung sei, die Verklingskontrolle nicht mehr zu beschließen. Nur durch die Erklärung des die Kontrolle ausübenden Kollegen Geischke, die Adressen sämtlicher Verklings zu bringen, damit wir diese unserer Organisation zuführen können, wurde erreicht, diese Kontrolle zu finanzieren.

Hamburg. In der am 6. August stattgefundenen Monatsversammlung berichtigte der Obmann, Kollege A. Müller, über die Lage im Beruf und die Arbeitsvermittlung im Monat Juli. Zu Beginn des Monats waren nur 9 arbeitslose Kollegen vorhanden, jedoch stieg die Zahl auf 17 am Monatschluß, so daß auch im August nicht alle Kollegen in Arbeit gebracht werden können. Hierauf sprach Kollege Geischke über den „Großkampf im Baugewerbe“. Der Kampf sei ähnlichen Motiven entsprungen wie die Auspersperung im Jahre 1910. Nach neunmündiger Dauer sei damals durch die Einigkeit der Gewerkschaften der Angriff der Schornmader freigeig abgewehrt worden. Durch die Zersplitterung der Arbeiterkräfte hielten die Bauherren und Großindustriellen jetzt den Zeitpunkt für gekommen, um durch Gewaltpolitik uns den Wochstundentag und sonstige soziale Erzeugnisse wieder zu entreißen. Selbst die Kleinstarbeiter wurden vom Nachmittagslohn befallen, wodurch es 1924 auch im Holzgewerbe in verschiedenen Städten zu Arbeitseinstellungen kam. Der jetzige große Kampf gelte nicht nur den Bauarbeitern, sondern sei eine Machtprobe des Großkapitals gegen die Gewerkschaften, besonders gegen das Baugewerksbund. Während die Bauarbeiter unterliegen, so können natürlich weitere Angriffe anderer Industrieunternehmen, um die Löhne zu kürzen und längere Arbeitszeiten einzuführen. Jetzt schon würde die Reichsregierung von dieser Seite gegen die Arbeiter beeinflusst. Zur Unterstützung der etwa 60 000 ausgesperrten Kollegen seien schon einige Millionen Mark ausgegeben. Der Bundesrat habe deshalb die Erhebung von Extrabeiträgen beschlossen, die von allen in Arbeit stehenden Mitarbeitern zu zahlen seien. Jetzt gelte es, Kampfesmut, Solidarität und Pflichttreue zu beweisen, damit unsere Brüder den aufzunehmenden Kampf freigeig bestehen. Kollege Müller behandelte die Lage des Baugewerbes in Hamburg und Schleswig-Holstein, wo trotz des bestehenden Lohnabkommens das Unternehmertum auf Befehl des Großkapitals vor einem Vertragsbruch nicht zurückschrecken würde. In der Aussprache betonte der Vorsitzende G. Samann sowie etliche andere Kollegen, daß es selbstverständlich sei, diese Kampfbeiträge pünktlich zu leisten, während ein Kollege allgemeine Vertragsverhöhnung und ein Kollege sogar den Generalstreik empfahl. Nach den vom Kollegen Geischke in der Schlusswort gegebenen Aufklärungen, stimmte die Versammlung den Maßnahmen des Bundesvorstandes zu. Gewünscht wurde, den Kollegen, die durch lange Arbeitslosigkeit in Bedrängnis geraten sind, etwas Erleichterung zu gewähren. Nach Verhandlung einiger Werkstattelegenheiten ermahnte der Vorsitzende die Vertreterkollegen zur Rührerkontrolle und treuen Pflichterfüllung.

Jolierer und Steinholzleger.

Münchener. In einer am 2. August in Nürnberg abgehaltenen, von sämtlichen Jolierern Nordbayerns besuchten Versammlung wurde nachfolgender Beschluß gefaßt: „Die Jolierer Nordbayerns (Sich Nürnberg) fordern sämtliche Sektionen des Gewerbes auf, gegen das Verhalten des Wirtschaftsbundes G. W. scharfsten Protest zu erheben. Die Sektion Nürnberg versuche leiber vergebens, eine örtliche Verständigung herbeizuführen. Unser Antrag forderte damals 6 A. Zustimmung täglich.“ Unser Baugewerkschaftsvorstand, Kollege Fiegler, lud die Unternehmer zu Verhandlungen ein, um über diesen Antrag zu beraten. Der Vorsitzende des Wirtschaftsbundes, Herr Döhler, läßt aber noch heute auf Antwort warten. Damit haben die Herren gezeigt, daß ihnen die berechtigte Forderung unserer Kollegen „wahrlich“ ist. Deshalb fordert die Fraktion Gruppe Sektion Nürnberg ihren Obmann auf, sämtliche Jolier-Sektionen Deutschlands zu verständigen, falls die gestellte Forderung der Herrschaft von 7 M nicht zur Durchführung gelangen sollte, mit den scharfsten Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, vorzugehen und überall die Arbeit am 1. September niederzulegen. Wünschen die Unternehmer diesen Kampf nicht, dann mögen sie uns entsprechend entgegenkommen. Im Interesse der Gesamtheit der Baugewerkschaften mehr gegen die Fraktionen in allen Baugewerkschaften berufenlich werden. Dann würden die Unternehmer auch bereitwillig von dem Glauben geteilt, als ob nur die Angehörigen der Organisationen scharfste Hauptbestimmungen, während die Gesellen mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden sind. Obmann der hiesigen Fraktion ist Hans Wiesel, Nürnberg, Rappengasse 7, 1. St. Das Vertreterskollegium befindet sich „Goldene Schwinge“, Dürer Str. 10a.

Stukkatureure und Puzer.

Die für den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk maßgebenden Abordnungen für Stud- und Puzerarbeiten sind nunmehr gesondert im Druck erschienen, nachdem die Bemühungen unserer Vertreter, zu einem vollständigen Bezirksrat zu kommen, an der Haltung der Unternehmer gescheitert sind. Der Rheinisch-Westfälische Studgewerksbund rechnet nämlich noch immer mit großer Bestimmtheit mit dem Zustandekommen eines Reichsarbeitervertrages für das gesamte Baugewerbe. Die Werbomündung des Arbeiterbundes des Baugewerbes paßt aufeinander den Studmeister Rheinlands und Westfalens nicht; sie stehen in dieser Beziehung nicht allein. Der Tarifschluß in Groß-Stuttgart hat dafür den

Beweis ebenfalls geliefert. Man darf also gespannt darauf sein, welche Richtung bei den Studmeistern ihren Willen durchsetzt. Wir können mit beiden Richtungen leben, sofern den Wünschen unserer Kollegen Rechnung getragen wird.

Bamberg. Hier weigerte sich die Firma Spreng & Red, die maßgebenden Puzerlöhne zu zahlen, worauf die in Frage kommenden 7 Kollegen die Arbeit einstellten. Die Firma ist als gesperrt zu betrachten.

Bayreuth. Hier kam es am 3. August nach einer Arbeitseinstellung von einigen Stunden zu Verhandlungen mit den Unternehmern, wobei vereinbart wurde, daß der Lohn für Puzer vom 21. Juli an 1,10 M betragen soll. Für Herstellung von Zugarbeiten im inneren oder äußeren Bau sowie für Glättputz wird ein Zuschlag von 15 % gezahlt. Bei Ueberlandarbeit werden, sobald die Arbeitsstelle über 5 km entfernt ist, außer dem Fahrlohn 5 %, bei über 10 km 10 % des Lohnes zugesagt. Beim Uebernachtung am Arbeitsort beträgt die Auszahlung 3 Stundenlohn.

Duisburg. Nach vierwöchiger Dauer ist der Streik der Stukkatureure mit vollem Erfolg beendet worden. Dieser Erfolg ist der guten Disziplin der streikenden und der Sperrwilligkeit der arbeitenden Kollegen Duisburgs und des Bezirkes zuzuschreiben. Haben doch die arbeitenden Kollegen Duisburgs 566 M und die Kollegen des Bezirkes 670 M, insgesamt 1236 M an freiwilligen Beiträgen aufgebracht. Leider sind uns einige hiesige und auswärtige „Kollegen“ als Streikbrecher in den Rücken gesellt; damit haben sie sich ein dauerndes böses Andenken bei den Duisburger Kollegen geschaffen.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Bonn. Die Ofenformerei befindet sich hier in Differenzen. Die Direktion der Ofenfabrik lehnt es ab, den bisher gegaltenden Tarif von 15 % auf den Weisener Tarif zu zahlen. Wir bitten, das zu beachten.

Laubenburg i. Pomm. Vom 1. August an erhalten die Ofenheuer einen Stundenlohn von 1,10 M und einen Zuschlag von 50 % auf den Tarif von 1913.

Stralsund. „Bis auf weiteres 25 % Rabatt.“ Diese Ankündigung macht nicht etwa ein hiesiges Warenhaus, sondern der sogenannte „Körpermeister“ Franz Winterfeld. Dieser Herr, der seit einigen Monaten die Stralsunder Einwohner mit seiner Gegenwart bedrückt, gibt nicht nur 25 % Rabatt auf seine von ihm gelieferten Arbeiten, er erläutert auch in den Zeitungen, seine von ihm gelieferten Oesen und Herde weisen eine Ersparnis an Reismaterial von 60 % auf. Das soll heißen: Bisher sind in Stralsund Oesen gefertigt worden, die 60 % mehr an Holz und Kohlen verbrauchen, als die, die von Herrn Winterfeld gekauft werden. Das wäre demnach eine Verhöhnung des so kostbar gewordenen Reismaterials. Es ist also dringend zu wünschen, daß die hiesigen Vertreter des Ofenheuerberufes in Stralsund schleunigst von der Bildfläche verschwinden; denn Herr Winterfeld wird den Stram schon schmeißen. Der Herr ist nämlich sehr heftig. Er hat er herausgefunden, die 25 %, die er seinen Auftraggebern verspricht, durch Umgehung des Stralsunder Kontraktis und nachträglicher Vereinbarungen mit den Meistern wieder einholen zu können. Dieser Unternehmer arbeitet mit zwei Inorganisierten und einem Organisierten, denen er den in Stralsund geltenden Tarif nicht bezahlt. Der Organisierte, Seiert, wird nach Feststellung seiner Personalia wegen Tarifbruchs ausgeschlossen werden. Die Namen der Inorganisierten konnten bisher nicht festgestellt werden. Auf solche Gestellen sich verlassen, lehnte Winterfeld auch das Versprechen ab, sich den Vereinbarungen mit den übrigen Meistern zu fügen. Daß der Herr außerdem noch sehr rabiat gegen die Vertreter der Kollegen auftritt, mag nebenbei erwähnt werden. Wir warnen alle Kollegen, sich von diesem Unternehmer nach Stralsund laden zu lassen; die Firma gilt als gesperrt.

Waldenburg i. Schl. Der Stundenlohn für Ofenheuer ist um 10 % erhöht, auf den Arbeiterlohn werden 20 % zugewendet. Wie hoch der Stundenlohn ist, wird nicht mitgeteilt.

2 jüngerer, zuverlässige Ofenheuer stellen ein Gebrüder Feinze, Dönanstraße, Dönanberg in Schleien.

Tübingen, land. Ofenheuer stelle sol. ein. Entlohn. n. Ströbinger Tarif. Leib. Beer, Dönanberg. Jannowitz 2. Dönanberg i. Niesengeb.

Jüngere, ledigen Töpfer auf Glas und Altbeutisch sucht Gustav Schneider, Dönanberg, Vorderdorf bei Münsingen, Bezirk Halle.

Einige hiesige Töpfer für Eisen und Kupfer stellt sofort ein Ofenfabrik Behren bei Wehlen.

Vom Bau.

Annaberg. Die Zahl der Bauarbeiter hat in unserm Bezirk in diesem Jahre eine bedeutende Höhe erreicht. Infolge der lockeren Bautenmarkt lassen die Unternehmer, leider auch unsere Kollegen, die nötige Vorsicht vernachlässigen. Ein Bau in Reudorf, Bauherr F. Kitzner, Fabrikbesitzer, ausführendes Baugeschäft Daniel Ger mann, ist ganz besonders von Unfällen heimgesucht. Am 26. Mai erhielt dort ein Mann Hofen und Zimmerhandwerkzeug von oben auf den Kopf und trug Gesichtsverletzungen davon. Am 30. Mai verunglückte ein Mann beim Abstieg vom Gerüst, er brach ein Wadenbein. Schuld daran war das Fehlen einer Leiter. Am 2. Juni verunglückte einige Arbeiter, weil das mangelhaft gebaute Gerüst beim Absteigen der Stalbüchse nachgab. Zum Glück fielen die Leute nicht tief, jedoch wurde ein Kalfederhelfer Daniel M o s t r o h aus dem Dachgeßell in die Partieräume infolge Fehleins eines Geländers. Glücklicherweise fiel er auf frischen Zementanstrich, die Verletzungen waren darum nicht allzu schwer. Am 31. Juli verunglückte ebenda der Hilfsarbeiter S o l t a u, indem er von einem rutschenden Schutthaufen getroffen wurde. Er erlitt Verletzungen an der rechten Schulter und ist erwerbsunfähig. Man spricht die Unfälle der Angehörigen der Kollegen bei all ihren Arbeiten und dem Anstreben des nicht organisierten Poliers zu. Auf dem Fabrikbau der W. G. Berlin, in Annaberg, fiel durch Bruch des Seiles ein circa 10 bis 12 m langer Gittermast herab auf die nur abgedeckte Decke. Nur durch Zufall wurde niemand verletzt. Das 40 cm weite und 3 m lange waren tot geworfen. Das ist nun bereits der zweite derartige Fall. Am Bau sind eine Anzahl nicht berufsmäßiger und unorganisierte Arbeiter beschäftigt. Am Umbau der 1. Würegasse in Annaberg sind bei den Arbeitsarbeiten auch eine Anzahl nichtorganisierte und berufsfremder Hilfsarbeiter beschäftigt. Durch unverantwort-

liches und nichtfachmännisches Vorgehen von Bewerbern sind ein Gewände früher als gewollt ein. Ein Arbeiter erlitt dabei leichte Verletzungen, ein Maurererkling brach das linke Wadenbein und erlitt sonstige Verletzungen. Die Bauarbeiter-Kontrollkommission von Annaberg forderte schon wiederholt die Anstellung von Baukontrollleuten aus Arbeiterreihen. Die Behörde lehnte die Forderung ab mit dem Hinweis auf die geringe Bauhöhe, die nicht genügend Beschäftigung für den Kontrollleurer verbringe. Heute ist auch dieser Grund der Ablehnung hinjüngig! Also Arbeiterkontrollleure her!

Hamburg. (Schworer Unfall.) Am 3. August ereignete sich auf der Baustelle der Firma Gauerland, Sophotel, ein bedauerlicher Unfall. Die Beförderung der Mauersteine in das oberste Stockwerk sollte mittels eines neu erbauten Fahrgestühles vorgenommen werden. Bei der Probe, die vorher stattgefunden hatte, bei der allerdings nur die leeren Stühle gefahren wurden, hatte der Fahrgestühl funktioniert. Am Unglücksstöße jedoch, nachdem die zweite Ladung nach oben befördert werden sollte, muß der nach oben gehende Fahrgestühl durch irgendein Hindernis in der dritten Etage festgeklammert worden sein. Dies ließ sich nicht genau feststellen. Die Wirkung war jedoch die, daß sich die Beförderung der Mauersteine löste, die Maschine sich überstülpte und am Fahrgestühl liegenden Steinträger Emil Meinhart an das Mauerwerk drückte. Meinhart erlitt eine schwere Verletzung des Armes und einen vollständigen Bruch der Hand. Der Verletzte wurde durch ein Auto dem Krankenhaus zugeführt. Zu bemerken ist der Stand der Maschine, da es in diesem Falle Meinhart nicht möglich war, auszuweichen zu können. Nachträglich ist die Maschine umgeklippt und genügend befestigt, nach der Straßenseite gestellt worden. Alle, die für solche Arbeit in Frage kommen, seien darauf hingewiesen, unter allen Umständen sich ständig davon zu überzeugen, daß alles in Ordnung ist, damit berartige Unfälle vermieden werden. Wie leicht ist es möglich, daß durch irgend einen Umstand, wie wohl auch in diesem Falle, der Fahrgestühl an einer herborstehenden Ecke festhaft und dann solche Unglücksfälle eintreten! Da die Zahl der Unfälle im Baugewerbe sich täglich mehrt, muß darauf verwiesen werden, daß jeder eingetragene verpflichtet ist, für seine Nebenkollegen oder die ihm Unterstellten Sorge zu tragen. Nur dadurch lassen sich solche Unfälle vermeiden.

Allgemeiner Rundschau.

Nach in letzter Stunde haben V. G. W., A. F., Allgemeiner Deutscher Beamtenbund und Gewerkschaftsring (Kirch-Dücker) in einer dringenden Eingabe an den Reichsausschuß gegen die Einführung von Böllen protestiert und ausführlich die Gegenüberstellung der arbeitenden Bevölkerung zu den Wüderzällen begründet. — Natürlich ist auch diese Mahnung zur Vernunft ohnmächtig verhallt. Bei Erscheinen dieser Nummer des „Grundstein“ sind die Wüderzälle bereits „Gefek“.

Kommunistische Wüdererei. Die „Rote Fahne“ berichtet in ihrer Nummer 181 über die Weitsitzung unseres Bundes vom 26. Juli, soweit dort über den Wiederanschluß der Mitglieder des sogenannten Ausgeschliffenenverbandes gesprochen wurde. Dabei verfuhr es das Blatt so hinguffellen, als ob darüber nur Kollege Wernhard in jener Sitzung geredet und „bestimmt“ habe. Es verleiht sich sogar zu der Bemerkung, einige Mitglieder des Vorstandes hätten verhinbert, daß überhaupt über diese sehr wichtige Frage eine Aussprache im Beirat gepflogen wurde“. Bei diesen Darlegungen hält sich die „Rote Fahne“ immer an den Bericht im „Grundstein“ und legt dabei das scheinbar, was ihr in den Kram paßt. Die Darstellung und die genannte Behauptung sind Bluff und Anspiel. Zu der Angelegenheit hat nicht nur Wernhard gesprochen, sondern wohl alle Beiratsmitglieder haben dazu geredet, soweit in ihren Bezirken nennenswerte Teile des Ausgeschliffenenverbandes vorhanden sind. Jeder Redner stellte sich dabei auf den Standpunkt der Vernunft, so daß zum Schluß in dieser Frage Einmütigkeit festzustellen werden konnte. Der Bericht der „Roten Fahne“ nicht den Eindruck zu erwecken, nur ein 2 1/2 % der Vorstandsmittglieder wollten den Anschluß nicht, um dann den Untergrund zu weiteren Angriffen auf den „höhen“ Bundesvorstand zu haben. Das ist vorbeigelungen. Im übrigen steht es ja den Mitgliedern des Ausgeschliffenenverbandes frei, für die Einheitsfront der baugewerkschaftlichen Arbeiter in der Weise zu wirken, daß sie ihren Anschluß an den Baugewerksbund vollziehen. Für unsern Bundesvorstand und Beirat gilt der Beschluß des Bundeskongresses. Das sollte endlich begriffen werden.

Die jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Jugendkonferenz in Hamburg gab dem Jugendsekretariat des V. G. W. Antrag, im Juli dieses Jahres den Stand der gewerkschaftlichen Erziehung der Jugend erneut festzustellen. Es ergab sich, daß 23 Verbände 252 866 Mitglieder unter 18 Jahren organisiert hatten. 13 Verbände hatten keine Angaben gemacht, doch dürften sie nach früheren Feststellungen mindestens 15 000 Jugendliche umfassen, so daß im ganzen über 267 000 Jugendliche organisiert sind. Die höchsten Zahlen weisen auf: die Metallarbeiter mit 67 504, die Fabrikarbeiter mit 67 000, die Textilarbeiter mit 25 000, die Holzarbeiter mit 23 000, der Baugewerksbund mit 10 886 Jugendlichen. Beträchtigt man das Verhältnis der Zahl der organisierten Jugendlichen zu den Erwerbslosen, so ergibt sich jedoch ein anders Bild. Von der Gesamtmitgliedschaft waren Jugendliche im Fabrikarbeiterverband 20, 5 %, im Baugewerksverband 12, 4 %, bei den Holzgruppen 11 %, bei den Dachdeckern 10, 4 %, bei den Sattlern 9, 9 %, bei den Buchdruckern 9, 7 %, im Textilarbeiterverband 7, 6 %, im Holzarbeiterverband 7, 2 % der Gesamtstärke. Man kann aus diesen Zahlen nicht ohne weiteres auf gute oder schlechte Organisationsverhältnisse schließen; denn der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtmitgliedschaft ist in den verschiedenen Industriegruppen sehr unterschiedlich. So haben die Arbeiter unter ihren Mitgliedern nur 5, 2 % Jugendliche (212), und doch können sie berichten, daß nur 282 unorganisierte Jugendliche in ihrem Gewerbe vorhanden sind. Diese Jugendlichen werden von ihren Verbänden in mehr als 1200 besonderen Jugendabteilungen zusammengefaßt, die berufliche und allgemeine Bildungsarbeit, aber auch Sport, Spiel, Wandern und Geselligkeit

